

Sächsisches Justizministerialblatt

Nr. 12/2013

19. Dezember 2013

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2013 liegt hinter uns. Der Jahreswechsel gibt traditionell Anlass zum Rückblick.

Ein Ereignis, das zweifellos viele von uns dienstlich wie privat beschäftigt hat, war das Juni-Hochwasser. Hierzu ist schon viel gesagt und geschrieben worden. Trotzdem möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, dass auch unser Geschäftsbereich von den Folgen des Hochwassers in Mitleidenschaft gezogen wurde. Besonders stark betroffen war das Justizzentrum im Schloss Grimma, das wir erst im März diesen Jahres feierlich seiner Bestimmung übergeben hatten. Weniger stark getroffen hat es zum Glück unsere Justizvollzugsanstalten, die sich in enger Abstimmung mit den Krisenstäben an der Hochwasserbekämpfung und den anschließenden Aufräumarbeiten beteiligt haben. Die Funktionsfähigkeit des Rechenzentrums der LIT aufrechtzuerhalten, war angesichts der äußeren Umstände eine Herausforderung. Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals bei allen Mitarbeitern für ihre große Einsatzbereitschaft bei der Bewältigung dieser nicht einfachen Situation bedanken.

Ein Höhepunkt des zurückliegenden Jahres war der feierliche Festakt zum 20. Jubiläum der Errichtung moderner, rechtsstaatlicher Strukturen im Freistaat Sachsen. Bei der Veranstaltung in Leipzig, an der auch zahlreiche ehemalige "Aufbauhelfer" teilgenommen haben, würdigten der Ministerpräsident und die Vizepräsidentin des Sächsischen Landtages in ihren Grußworten die Leistungen der sächsischen Justiz seit der Wiedervereinigung. Der erste Präsident des Oberlandesgerichts Dresden Prof. Dr. Günter Hirsch rief in seinem Festvortrag die ersten Stunden der sächsischen Justiz mit eindrücklichen Schilderungen in Erinnerung. Er führte den Zuhörern vor Augen, dass der Weg zu den rechtsstaatlichen Strukturen, so wie sie uns heute selbstverständlich sind, kein einfacher war. Viele von Ihnen haben diese Aufbaujahre miterlebt und mitgestaltet - auch Ihnen war diese Veranstaltung gewidmet.

Anfang des Jahres wurde mit der Umsetzung des Standortkonzeptes zur zukünftigen Gestaltung von Justiz und Verwaltung begonnen. Mir ist bewusst, dass diese Strukturmaßnahmen in den Gerichten und Staatsanwaltschaften berufliche und persönliche Veränderungen für die betroffenen Mitarbeiter mit sich gebracht haben. Dafür, dass Sie sich auf diese neue Situation eingelassen und durch Ihren Einsatz die erfolgreiche Verwirklichung des Standortkonzeptes in der Justiz ermöglicht haben, danke ich Ihnen.

Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist es, uns um qualifizierten Nachwuchs in allen Bereichen der Justiz zu bemühen. Mit der Aktualisierung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung haben wir ein bundesweites Projekt zur Modernisierung der Juristenausbildung angestoßen. Und mit dem neuen elektronischen Lernprogramm ELAN-REF können sich Rechtsreferendare die Grundlagen des Zivil- und Strafprozesses mit Hilfe modernster Didaktik, multimedial aufbereitet und interaktiv selbst erarbeiten. Die Einführung des Programms wäre ohne die Unterstützung und das Engagement der Arbeitsgemeinschafts- und Ausbildungsleiter nicht möglich gewesen.

Auf Bundesebene war es das Anliegen der Länder, einen höheren Kostendeckungsgrad in der Justiz zu erreichen. Das Mammutprojekt Kostenrechtsmodernisierung konnte im Sommer mit Erfolg zu Ende gebracht werden, auch wenn wir Länder uns an der einen oder anderen Stelle weitere Änderungen gewünscht hätten.

Erfolgreich abgeschlossen werden konnte auf Bundesebene auch das Gesetzgebungsvorhaben zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs. Sachsen hat als ein in der Justiz-IT führendes Land bereits bei allen Gerichten den Elektronischen Rechtsverkehr eingeführt. Dass wir hier auf dem richtigen Weg sind, zeigt sich auch an den steigenden Eingängen in den Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfächern im abgelaufenen Jahr. Die mit fortschreitendem Einsatz von IT einhergehende Veränderung der Arbeitsbedingungen war Thema des 2. IT-Forums der sächsischen Justiz. Der bis auf den letzten Platz gefüllte große Saal des Fachgerichtszentrums Dresden hat mir einmal mehr die Bedeutung dieses Themas gezeigt. Auf sehr gute Resonanz ist auch die Hackershow "Infosic" mit mehreren hundert Teilnehmern gestoßen, die wir im September bereits zum zweiten Mal durchgeführt haben. Wie wir alle wissen, wird in Zukunft ein Arbeiten ohne IT nicht mehr möglich sein. Aus aktuellem Anlass wissen wir aber auch, dass wir - und zwar auch jeder von uns - für die Sicherheit unserer Daten sorgen müssen.

Sicherheit, aber vor allem einen modernen und richtungsweisenden Behandlungsvollzug, gewährleisten die beiden zum 1. Juni diesen Jahres in Kraft getretenen sächsischen Gesetze zum Straf- und zum Sicherungsverwahrungsvollzug. Mit dem Umbau des Hafthauses II in der Justizvollzugsanstalt Bautzen konnten wir bis Ende Mai innerhalb kürzester Zeit Unterkünfte für Sicherungsverwahrte schaffen. Ausstattung, Therapie- und Freizeitmöglichkeiten entsprechen den strengen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Auch damit setzen wir bundesweit Maßstäbe. Um diesen auch im allgemeinen Strafvollzug weiterhin gerecht werden zu können, brauchen wir in Südwestsachsen dringend eine neue Haftanstalt. Eine solche wollen wir gemeinsam mit Thüringen in Zwickau errichten. Ich bin zuversichtlich, dass wir die Verhandlungen noch in diesem Jahr erfolgreich abschließen können.

Großes Interesse besteht innerhalb und außerhalb Sachsens an unseren Projekten im Bereich der Staatsmodernisierung. Nachdem es bereits auf der Cebit in Hannover und auf dem Demografiegipfel in Berlin viel Beachtung gefunden hatte, konnten wir im Oktober das erste Bürgerterminal in Neustadt/Sachsen in Betrieb nehmen. Behörden, die nicht mehr vor Ort vertreten sind, können ihre Dienstleistungen über dieses Terminal interaktiv anbieten. Von dieser technischen Innovation bin ich persönlich begeistert; dies ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie die Verwaltung auf den demografischen Wandel reagieren kann.

Für mehr Bürgerbeteiligung soll die neue Internetplattform "www.onlinebeteiligung-sachsen.de" sorgen. Mit ihr können sich Bürger im Freistaat erstmals direkt an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligen. Aktuell ist unser Entwurf zur Errichtung eines Normenkontrollrates zur Anhörung eingestellt. Auch im Bereich der elektronischen Verwaltung sind wir einen wichtigen Schritt vorangekommen. Mit unserem Entwurf des Sächsischen E-Government-Gesetzes wollen wir als erstes Land dem Vorgehen des Bundes auf diesem Gebiet folgen und darüber hinaus eigene Akzente für die Nutzung moderner Informationstechnologien durch den Freistaat, die Kommunen und die Bürger setzen.

Im Bereich Europa lag der Schwerpunkt der Tätigkeit auch im abgelaufenen Jahr weiter darauf, die sächsischen Interessen bei der Gestaltung der anstehenden EU-Förderperiode 2014-2020 zu vertreten. Als Europaminister freue ich mich besonders, dass das für Sachsen positive Ergebnis der Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen und den EU-Förderverordnungen vom Europäischen Rat und vom Europäischen Parlament bestätigt wurde. Die damit verbundene Förderung ist für Sachsen von großer Bedeutung. Es hat sich ausgezahlt, dass wir in unseren intensiven Bemühungen um einen guten Ausgang der Verhandlungen nicht nachgelassen haben.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

der Rückblick auf das Jahr zeigt, dass wir vieles gemeinsam geschafft haben, auch wenn die Arbeitssituation nicht immer leicht ist: Bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften stehen die Mitarbeiter vor allem durch die Einführung neuer elektronischer Fachverfahren vor immer neuen Herausforderungen. Und im Vollzug müssen die Beschäftigten ihre vielfältigen Aufgaben angesichts einer andauernd angespannten Belegungssituation meistern. Mir ist bewusst, dass vieles nur gelingt, weil Sie Ihre Arbeit über die normalen Anforderungen hinaus, mit großem Einsatz und persönlichem Engagement verrichten. Dies ist nicht selbstverständlich und dafür danke ich Ihnen sehr. Ich freue mich, auch im nächsten Jahr mit Ihnen zusammenarbeiten zu können, und wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest, Gesundheit und ein gutes neues Jahr.

Herzlich Ihr



Jürgen Martens

Inhaltsverzeichnis

Amtlicher Teil

1. Verwaltungsvorschriften und Bekanntmachungen des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa und sonstiger Stellen, die den Geschäftsbereich der Justiz betreffen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa zur Änderung der Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Sächsischen Hinterlegungsgesetzes vom 4. Dezember 2013
Az.: 3860-III4-2322/09..... S. 327

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa zur Änderung der Verwaltungsvorschrift zu den Durchführungsbestimmungen zum Gerichtsvollzieherkostengesetz vom 11. Dezember 2013
Az.: 5652-III4-3507/04..... S. 327

2. Stellenausschreibungen S. 328

3. Rechtsanwälte S. 329

1. Verwaltungsvorschriften und Bekanntmachungen des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa und sonstiger Stellen, die den Geschäftsbereich der Justiz betreffen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa zur Änderung der Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Sächsischen Hinterlegungsgesetzes

Vom 4. Dezember 2013

I.

Die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa zur Ausführung des Sächsischen Hinterlegungsgesetzes (VwV AusfHintG) vom 8. Dezember 2010 (SächsJMBl. S. 129), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 14. Dezember 2011 (SächsABl. SDr. S. S 1679), wird wie folgt geändert:

1. Ziffer II Nr. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Buchstabe b wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „Urschrift der Annahmearbeit“ durch die Wörter „Mehrfertigung der Annahmearbeit“ ersetzt.
 - bb) In Satz 3 werden die Wörter „zweite Mehrfertigung“ durch das Wort „Urschrift“ ersetzt.
 - b) In Buchstabe c Satz 4 werden die Wörter „zweite Mehrfertigung“ durch die Wörter „Urschrift der Annahmearbeit“ ersetzt.
2. Ziffer VI Nr. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Buchstabe a Satz 1 wird die Angabe „Kontonummer: 860 010 40, Bankleitzahl: 860 000 00“ durch die Angabe „IBAN: DE38 8600 0000 0086 0010 40, BIC: MARK DE F1 860“ ersetzt.
 - b) Buchstabe b wird wie folgt geändert:
 - aa) In Doppelbuchstabe aa wird die Angabe „Kiel, Kontonummer: 2100 10 30, Bankleitzahl: 210 000 00“ durch die Angabe „Trier - Dienstsitz Kiel, IBAN: DE18 2000 0000 0020 0010 66, BIC: MARK DE F1 200“ ersetzt.
 - bb) In Doppelbuchstabe bb wird die Angabe „-Ast Frankfurt/M., Kontonummer: 500 010 20, Bankleitzahl: 500 000 00“ durch ein Komma und die Angabe „IBAN DE81 5900 0000 0059 0010 20, BIC: MARK DE F1 590“ ersetzt.

II.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 4. Dezember 2013

Der Staatsminister der Justiz und für Europa
Dr. Jürgen Martens

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa zur Änderung der Verwaltungsvorschrift zu den Durchführungsbestimmungen zum Gerichtsvollzieherkostengesetz

Vom 11. Dezember 2013

I.

Ziffer I der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa zu den Durchführungsbestimmungen zum Gerichtsvollzieherkostengesetz (VwV DB-GvKostG) vom 25. September 2013 (SächsJMBl. S. 119) wird wie folgt geändert:

1. Nummer 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „, sobald die Voraussetzungen des § 807 Abs. 1 ZPO gegeben sind“ gestrichen.
 - b) Absatz 7 wird wie folgt geändert:

- aa) In Buchstabe b wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.
- bb) Folgender Buchstabe c wird angefügt:
„c) das Verfahren zur gütlichen Erledigung der Sache (§ 802b ZPO), es sei denn, der Gerichtsvollzieher wurde isoliert mit dem Versuch der gütlichen Erledigung beauftragt (§ 802a Abs. 2 Satz 2 ZPO).“
2. Nummer 7 wird wie folgt geändert:
- a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
„Die Reinschrift der Kostenrechnung ist dem Kostenschuldner unter Beifügung der gemäß § 3a GvKostG vorgeschriebenen Rechtsbehelfsbelehrung zu übermitteln.“
- b) In Absatz 5 wird die Angabe „§ 82 GVO“ durch die Angabe „§ 59 GVO“ ersetzt.
3. In Nummer 18 Abs. 1 Satz 1 wird der Punkt am Ende durch die Angabe „, sofern sich aus einer Rechtsverordnung nach § 12a GvKostG nichts anderes ergibt.“ ersetzt.

II.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

Dresden, den 11. Dezember 2013

Der Staatsminister der Justiz und für Europa
Dr. Jürgen Martens

2. Stellenausschreibungen

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Europa

Das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Europa sieht Bewerbungen entgegen, um die Stelle

einer Oberstaatsanwältin/eines Oberstaatsanwalts (R 2) bei der Generalstaatsanwaltschaft Dresden

zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen.

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Beschäftigte des Geschäftsbereiches des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa, die sich bereits in einem Richter- oder Beamtenverhältnis auf Lebenszeit befinden.

Bewerberinnen/Bewerber werden gebeten, bereits in der Bewerbung ihre Zustimmung zur Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die am Auswahlverfahren beteiligten Stellen zu erklären.

Bei gleicher Qualifikation werden Bewerbungen Schwerbehinderter bevorzugt berücksichtigt.

Das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Europa hat sich die Förderung von Frauen zum Ziel gesetzt. Frauen werden daher ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben.

Bewerbungen sind **binnen drei Wochen** ab Erscheinen des Justizministerialblattes auf dem Dienstweg zu richten an das

Sächsische Staatsministerium
der Justiz und für Europa
Abteilung I
Hospitalstraße 7
01097 Dresden.

Das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Europa sieht Bewerbungen entgegen, um die Stelle

einer Oberstaatsanwältin/eines Oberstaatsanwalts (R 2) bei der Staatsanwaltschaft Görlitz

zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen.

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Beschäftigte des Geschäftsbereiches des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa, die sich bereits in einem Richter- oder Beamtenverhältnis auf Lebenszeit befinden.

Bewerberinnen/Bewerber werden gebeten, bereits in der Bewerbung ihre Zustimmung zur Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die am Auswahlverfahren beteiligten Stellen zu erklären.

Bei gleicher Qualifikation werden Bewerbungen Schwerbehinderter bevorzugt berücksichtigt.

Das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Europa hat sich die Förderung von Frauen zum Ziel gesetzt. Frauen werden daher ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben.

Bewerbungen sind **binnen drei Wochen** ab Erscheinen des Justizministerialblattes auf dem Dienstweg zu richten an das

Sächsische Staatsministerium
der Justiz und für Europa
Abteilung I
Hospitalstraße 7
01097 Dresden.

3. Rechtsanwälte

Die sächsische Justiz betrauert den
Tod der Rechtsanwältin
Susanne Winkler.

Neuzulassungen

A l - Z a n d, Ali, in Leipzig
B e c k e r, Lydia, in Leipzig
B e r g m a n n, Falk, in Leipzig
D r. B o h n e, Kerstin, in Leipzig
E d e r, Stefanie, in Leipzig
L e h m a n n, Anne, in Dresden
R a e v e s, Sabine, in Machern
R e i m e r, Annekatrin, in Leipzig
S a n d e r, Laura, in Chemnitz
S t a r k e, Saskia, in Leipzig
U l l r i c h, Alexander, in Chemnitz
V o d o v a, Vicki, in Dresden
W a l t h e r, Jens, in Leipzig
K u r z, Matthias, in Dresden
S c h e p l e r, Volker, in Leipzig

In Sachsen aufgenommene Mitglieder (§ 27 Abs. 3 BRAO)

F r a n k, Florian, in Leipzig
K o w a l a k, Laura, in Görlitz
L a n g, Dino, in Dresden
N i c u l e s c u, Lucian, in Limbach-Oberfrohna
P o h l, Mario, in Leipzig
T r a p p e, Olaf, in Leipzig

In andere Rechtsanwaltskammern aufgenommene Mitglieder (§ 27 Abs. 3 BRAO)

A c k e r m a n n, Maria, in Freiburg
G r o ß p i e t s c h, Barbara, in Thüringen
L e h m a n n, Karl-Heinz, in Koblenz
L i e b s c h e r, Marc, in Berlin
L i e b s c h e r, Anna, in Brandenburg
S i l b e r b e r g e r, Frank, in Berlin
T h i e d e, Stefan, in München

Widerruf wegen Verzicht (§ 14 Abs. 2 Nr. 4 BRAO)

B i r k e n s t o c k, Laura, in Leipzig
B j ø r n d a l - P e d e r s e n, Anja, in Dresden
G o l d b a c h, Fanny, in Dresden
D r. iur. P P K E K i s s, Orsolva, in Dresden
R u b, Wolf, in Leipzig
R ü h l e, Nelli, in Bischofswerda

Herausgeber:

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Europa (SMJus),
Hospitalstraße 7, 01097 Dresden.

Redaktion:

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Europa

Bezug:

Das Sächsische Justizministerialblatt erscheint monatlich zum
Monatsletzten und ist auf der Internetseite www.justiz.sachsen.de
zur kostenlosen Nutzung eingestellt.